IMT Nuremberg Archives

H – 3925

International Court of Justice

H3925 – 0002

Certificate No. M.187 (Place) Nürnberg

(Date) 8th July, 1946

CERTIFICATE.

I, Kenneth H.M. Duke, Maj., British Army, of the British War Crimes Executive (European Section), hereby certify that the attached document, consisting of five { ~~typewritten*~~ / photostated / ~~mimeographed~~ / ~~handwritten~~ } pages

and entitled Extract from the Israelitisches Wochenblatt - Pages 3, 4, 5, 6, 7.

dated 23rd Dec. 1942,† is { ~~the original*~~ / a true copy } of a document which the Wiener Library, London ‡ delivered to me in my above capacity, in the usual course of official business, as { ~~the original*~~ / a true copy. }

~~of a document found in German archives, records and files captured by military forces under the command of the Supreme Commander, Allied Expeditionary Forces.~~

To the best of my knowledge and belief, the original document is held at:- the Wiener Library, London.

B 040648

Kenneth H.M. Duke
Maj.

H3925 – 0003

Israelitisches Wochenblatt

für die Schweiz

JOURNAL ISRAELITE SUISSE

Gegründet 1901 von Rabbiner Dr. Littmann und Dr. phil. David Strauss

ABONNEMENTS
Das Abonnement kostet, für die Schweiz Fr. 4.50 pro Quart., Fr. 8.25 pro Halbjahr, Fr. 16.— pro Jahr (einschließl. Nachnahmespesen). Ausland pro Quart. und Porto Fr. 6.—, Frankreich Fr. 5.— o. Einzelnummern 40 Cts.
Postcheck VIII 6451 Tel. 3 29 40
Erscheint jeden Freitag

ANNONCEN
Pro Seite 4 Spalten à 135 Nonpareillezeilen. Preis der 1spaltigen Nonpareillezeile oder deren Raum 47 Cts., bei Platzvorschrift 58 Cts., Reklamen, erste Umschlagseite und Seiten der Familienanzeigen 90 Cts., Rabatt ab 800 Zeilen.
4 Spalten à 5 cm Breite, Spaltenhöhe 28,2 cm

Nummer 52 | Zürich, Uraniastr. 9 — 23. Dez. 1942 (15. Tewes 5703) | 42. Jahrgang

Flüchtlinge in der Schweiz

Am Ende der Berichtswoche hat die eidgenössische Sammlung für die Flüchtlingshilfe eine Gesamtsumme von rund 1 450 000 Franken erreicht. Das ist aber immer noch nicht das Ergebnis, das nach Annahme der Zentralstelle für Flüchtlingshilfe besteht die Aussicht, bis Jahresende zu einer Ziffer von eineinhalb Millionen Franken zu gelangen. An der Spitze der Beiträge steht der Kanton Zürich mit rund 450 000 Franken, ihm folgt Bern mit über 210 000 Franken; weitere Einzelheiten werden noch bekanntgegeben. Das ist ein recht erfreuliches Resultat. Die Hilfsaktion hat ihre Früchte getragen. Der Hauptanteil an dem stattlichen Erfolg geht auf das Konto der mit unermüdlichem Eifer und großem Geschick um die Orientierung der Oeffentlichkeit besorgten Zentralstelle für Flüchtlingshilfe. Sie wurde wesentlich unterstützt von der Presse und Organisationen. Die «junge Kirche» und die Mitwirkung der Presse verdienen eine besondere Hervorhebung. Ferner hat durch das überaus rege und verständnisvolle Werbetätigkeit allein einen Betrag von über 130 000 Franken zustande gebracht. Ein bemerkenswertes, in dieser trostarmen Zeit wahrhaft ermutigendes Beispiel: junge Menschen machen tätige Hilfe zu einer Herzenssache.

Auf die Leistung der schweizerischen Presse wurde an dieser Stelle des öfteren hingewiesen. Welchen Umfang diese Leistung angenommen hat, erhellen die von der Zentralstelle regelmäßig herausgegebenen, sehr sorgfältig zusammengestellten Presse-Bulletins. Keine Zeitung oder Zeitschrift von einiger Bedeutung hat sich der Verpflichtung zur Mitarbeit und Aufklärung entzogen. Zu den bereits zitierten Blättern treten — es können nur einige Beispiele genannt werden: Die «Schweizer Werkmeister-Zeitung», «Das Volk», Olten, «Express», Biel, «Feuille d'Avis», Neuchâtel, der «Anzeiger von Uster», das «Glarner Volksblatt» (das eine ganze Seite der Aktion widmete), das «Ostschweizerische Tagblatt», die «Schaffhauser Nachrichten», die «Schweiz. Bodensee-Zeitung», die «Neue Aargauer Zeitung», le «Fribourgeois», Bulle, die «Zuger Nachrichten», und auch das gelegentlich sehr kritische «Aufgebot» des Prof. Lorenz, die «Zürichsee-Zeitung», die «Engadiner Post», St. Moritz, die «Neue Bündner Zeitung», Chur usw. usw. Viele Frauen und Männer von Rang und Namen, an der Spitze Clara Nef, Elisabeth Thommen, Frau Dr. Kaegi, die Nationalräte Dr. Oeri, Basel, Dr. Wey, Luzern, Prof. Rappard, Genf, Dr. Rittmeyer, St. Gallen, die Schriftsteller Paul Ilg, Dr. H. Galli, Paul A. Brenner, die Zeichner und Maler Ch. Hug, Eugen Früh, Fritz Deringer und andere stellten ihre Beiträge jeweils mehreren großen und kleinen Zeitungen zur Verfügung. Viele Zeitungen übernahmen nicht einfach die Aufrufe der regionalen Komitees oder die Presse-Communiqués, sondern steuerten eindringliche Werbeartikel aus eigener Feder bei.

Die dort angeschlagenen Töne gaben die Stimme des Volkes wieder, und es ist nicht etwa so, daß diese Stimmung erst durch die Presse erzeugt werden mußte. Die Presse war Interpret dieser Stimmung, sie wurde zum Stimmungsbarometer, und an der Spontanität der Kundgebungen gemessen, darf man den Schluß wagen, daß es sich bei der ganzen Aktion nicht um eine flüchtige Aufwallung, vom augenblicklichen Mitleid diktierte Erscheinung handelt. Das ist mindestens ebenso hoch zu werten wie das ziffernmäßige Ergebnis der Sammlung und läßt manche Hoffnung für die Zukunft offen.

Die gegen die Flüchtlingsaktion gerichteten Pressestimmen nehmen in der Aufstellung der Zentralstelle einen recht geringen Raum ein. Dem entsprach der offensichtliche Mißerfolg der Störungsaktion. Der «Nebelspalter» glossierte sie scharf. Beim sog. Schweizer Vaterländischen Verband, der die Stimmungsmache in Flugblättern betrieb, will es auf einmal niemand gewesen sein; wenigstens rücken viele Mitglieder offenkundig vom Inhalt der Flugschriften ab.

Große Sorge bereitet immer noch die Unterbringung der Flüchtlingskinder. Die «Evangelische Volkszeitung» publiziert einen Sonderabdruck: «Inhumane Humanität». In sehr scharfen Worten wendet sich dieser Artikel gegen die Trennung der Kinder von den Müttern. Eine Unterkunft in Kinderheimen sollte nach der genannten Zeitung nur für alleinstehende Kinder in Frage kommen. Keinesfalls dürfe die Trennung erzwungen werden. «Man sage doch diesmal nicht», schreibt die Zeitung, daß die Trennung aus «technischen» Gründen notwendig sei. Die echte Liebe ist erfinderisch über alle Technik hinaus.» Es dürften keine Maßnahmen ergriffen werden, die daran schuld werden könnten, daß daran das schon krankgehetzte Herz einer Mutter zerbricht.

Abonnements-Erneuerung

Unsere Abonnements-Nachnahmen für das 1. Halbjahr bzw. 1. Quartal 1943 sind versandt. Wir ersuchen unsere verehrten Abonnenten um prompte Einzahlung, soweit dies noch nicht geschehen ist, damit die Zustellung der Zeitung keine Verzögerung erleidet. **Postcheck VIII 6451**

B 040649

H3925 - 0004

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit 407
Filed April 29th 1946

B 040650

H3925 – 0005

Aehnlich äußert sich «La Vie Protestante». Auf denen, die einer Trennung das Wort reden, lastet eine sehr schwere Verantwortung.

Es müssen sich jüdische Familien der Schweiz weit mehr noch als bisher zur Aufnahme der Kinder melden. Errichtung und Dotierung von Heimen genügt nicht. Das jüdische Flüchtlingskind gehört in das j ü d i s c h e H a u s, so dankbar allerseits die große Bereitwilligkeit nichtjüdischer Familien zur Aufnahme der Kinder empfunden wird.

Auch diese Bereitwilligkeit ist ein Ehrentitel für die Schweiz.

Aus dem Meer der Tränen . . .

Das so unendlich traurige Schicksal der Flüchtlinge aus Frankreich veranlaßte viele Schweizer Zeitungen, in Form von Tatsachenberichten ihren Lesern Kenntnis von den Geschehnissen vor und auf der Flucht, dem unsagbaren körperlichen und seelischen Martyrium zu geben. Erschütternde, in ihrer Grausamkeit manchmal von der Vorstellung kaum faßbare Einzelheiten gelangen so ans Tageslicht der Oeffentlichkeit. Aus einer besonders eindringlichen Reportage der bekannten Z e i t s c h r i f t «D u»:

Tag für Tag kam er zur Flüchtlingshilfe. «Wo ist meine Frau? Wo sind meine Kinder?» Endlich die Hiobsbotschaft: Die Kinder in einem französischen Konzentrationslager, die Frau deportiert, unbekannt wohin. Ein anderer Fall: Das Visum liegt längst beim Konsul. Die Vorladungen haben den Inhaber nicht erreicht. Die Deportation seiner Kinder mußte er selbst mit ansehen. Als der Zug mit den deportierten Kindern sich in Bewegung setzte, brüllten Hunderte von Müttern und Vätern wie wilde Tiere. . . Eine andere Orgie von Selbstmorden setzte ein. . . Dann: Z u r ü c k g e s c h i c k t . Trotz guter Bürgschaft nach 24 Stunden wieder über die Grenze geschafft. Die Suche nach einem Versteck beginnt von neuem. . . Ein anderer Bericht in der Zeitschrift schildert, wie elsässische Soldaten einen jüdischen Elsässer heimlich über die Grenze schaffen. Weiter: Drei Polizisten kamen, um uns zur Deportation abzuholen. Ueber zwei Stunden beschworen wie die Beamten, wenigstens den schwer herzkranken Mann zu verschonen. . .

Aehnliche Fälle berichtet die Berner «T a g w a c h t». Auch sie weiß von Rückschaffungen zu melden. Dann heißt es: «Um den armen Menschen ist es Nacht geworden. Der letzte Hoffnungsschimmer in seinen Augen ist erloschen. Was soll er nun noch mit seinem Leben beginnen? Von seinen Lieben im besetzten Frankreich fehlt jede Spur».

Das «J ü d i s c h e G e s c h ä f t s b l a t t» publiziert «Briefe der Zeit». «Was sagen uns diese Briefe? Sie sagen uns, daß gehetzte, entwurzelte, verzweifelte Flüchtlinge aufgerichtet werden können durch ein freundliches Wort und ein bißchen Menschlichkeit.»

Rückschaffung und Menschlichkeit . . .

Zur Polemik des «Volkischen Beobachters». Zu dem gegen die Emigranten gerichteten Artikel des «V ö l k i s c h e n B e o b a c h t e r s» schrieb N a t i o n a l r a t D r. M e i e r h a n s im «S c h w e i z e r D e m o k r a t»: «Es gibt seit Jahr und Tag in ganz Europa kein Land, in dem die Juden weniger Einfluß auf Polizei, Verwaltung, Presse und Finanz ausüben, als bei uns. Lange, bevor es einen Bundesrat gab! . . . In den letzten Jahren hat sich daran nur insofern etwas geändert, als die Einflußlosigkeit der Juden infolge Abwanderung von reichen Geschäftsleuten noch zunahm. . . Daß die in den Lagern untergebrachten, vor einiger Zeit in die Schweiz geflüchteten Juden jeder Möglichkeit entbehren, Sprachrohr für irgend etwas zu sein, leuchtet auch ein. Das ist jedem Kenner der Verhältnisse bekannt».

Die Kundgebung der „Vereinten Nationen"

Groß war die Enttäuschung vieler Juden in England, Amerika und Palästina, als die am 13. Januar 1942 zusammengetretene Konferenz der kleineren Mächte der «Vereinten Nationen» für das jüdische Volk keinen Sitz im Rate reserviert hatten und die jüdischen Opfer nicht erwähnt wurden. Schon vorher hatten Verhandlungen mit den Regierungen Englands und Amerikas eingesetzt, die damals keinen größeren Erfolg hatten, als die Anstrengungen zur Bildung einer jüdischen Armee. Die Juden wurden von den freundlich und feindlich gesinnten Staaten als Volk betrachtet und einem Regime der Beschränkung unterstellt; wenn es aber darum ging, den Juden zu h e l f e n, so kamen «staatsrechtliche» Bedenken. Mit ihrer Hilfe gelang es, die E i n w a n d e r u n g in viele Länder überseeischer Kontinente zu stoppen; nach P a l ä s t i n a durften alle Angehörigen der «Vereinten Nationen» flüchten, nur wenn sie Juden waren, wurden sie davon ausgeschlossen. Bei der Kundgebung der «Jüdischen Nationalversammlung» in Jerusalem wurden bittere Vorwürfe gegen die Bürokratie in London und Washington erhoben. Daß sie voll berechtigt waren, haben die alliierten Exilregierungen in London eingesehen. Offenbar glaubte man anfangs in London und Washington nicht daran, daß der Untergang von Millionen Personen der Zivilbevölkerung zu den durchführbaren Möglichkeiten dieses Krieges gehöre. Schon damals wurden durch den J ü d i s c h e n W e l t k o n g r e ß den Regierungen das Material vorgelegt, das damals noch leichter erhältlich war, als heute. Inzwischen wurde es nachgeprüft. Die Ergebnisse übertreffen alle Fantasie und Vorstellungsmöglichkeiten. Die Konferenz der Neun Mächte vom 13. Januar 1942 nahm als Kriegsziel die Bestrafung der Schuldigen durch ein rechtmäßiges Gericht in Aussicht, das gestützt auf die Haager Konvention vom Jahre 1917, wonach die Kriegführung gegen die Z i v i l b e v ö l k e r u n g in besetzten Gebieten unzulässig ist, geschaffen werden sollte. Mit einer solchen allgemeinen Erklärung, in der die J u d e n n i c h t e i n m a l g e n a n n t waren, konnten sich die jüdischen Vertreter nicht zufriedengeben. Es ging darum, Maßnahmen zu prüfen, um dem Untergang eines Volkes Einhalt zu gebieten und zu helfen, wo noch geholfen werden konnte, sowie anderseits einmal das S c h w e i g e n der Regierungen, der Presse und der öffentlichen Meinung zu b r e c h e n. Wohl kamen hie und da Berichte, die auch gedruckt wurden; aber niemand konnte daraus entnehmen, welchen Umfang die große Katastrophe angenommen hatte. Der Jüdische Weltkongreß legte seine Urkunden erneut vor. Der polnische Ministerpräsident, G e n e r a l S i k o r s k i, der als Präsident der «St. James Conferences» amtete, übergab das Memorandum allen angeschlossenen Regierungen. Am 9. Mai richtete er im Auftrage derselben eine Zuschrift an den Jüdischen Weltkongreß, in welcher er

Ein Besuch in Zürich
ohne Baur au Lac in Zürich
ist kein Besuch in Zürich

B 040651

versicherte, daß die der Konferenz angeschlossenen Mächte einmütig die Vergehen gegen die Juden tief bedauern. Die in der Resolution vom 13. Januar 1942 gefaßten Androhungen gelten auch für illegale Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung. Die Konferenz lehne alle rassischen Theorien ab, sie setze sich für jeden Menschen ein, gleichgültig welcher Abstammung oder Religion er sei. Mit dieser authentischen Interpretation der berühmten Erklärung der Konferenz vom St. James Palace war zum mindesten erreicht, daß die jüdischen Belange einem internationalen Forum vorgetragen werden konnten und damit eine Art diplomatischer Verkehr zwischen Juden und anderen Völkern geschaffen wurde.

In den letzten Monaten

häuften sich die Nachrichten über die Vernichtungsmaßnahmen gegen die Juden. Neue Methoden wurden angewandt, welche diejenigen bei weitem übertrafen, welche früher bei Charkow, Odessa, Minsk und Wilna zur Anwendung gekommen sind. Die Tatsachen wurden den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht. Im August fand der große jüdische Weltfasttag statt. Die Deportationen aus Belgien, Holland und Frankreich rüttelten die öffentliche Meinung auf. Zufällig hörte man von der Ankunft einiger Deportiertenzüge in Riga, Minsk, Krakau und Bessarabien. Wohin kamen die darin befindlichen Juden und wo sind vor allem die anderen vielen Tausende Deportierten hingekommen? Wieder setzten Verhandlungen in Washington und London, und diesmal auch in Moskau, ein. Im englischen Unterhause wurde die gemeinsame Erklärung der Alliierten von Außenminister Eden und im Oberhaus von Lord Selborne verlesen. Ihrer großen Bedeutung wegen folgt sie im Wortlaut:

„Die Vertreter der Regierungen Belgiens, der Tschechoslowakei, Griechenlands, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegen, Polens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, Südafrikas, der Sowjetunion, Jugoslawiens und des ‚Französischen Nationalkomitees' wurden auf die verschiedenen aus Europa eingetroffenen Berichte gelenkt, aus denen hervorgeht, daß sich die deutschen Behörden nicht damit begnügen, den Personen jüdischer Abstammung in allen von ihnen besetzten Gebieten die elementarsten Menschenrechte abzusprechen, sondern daß sie jetzt die von Hitler wiederholt ausgesprochene Drohung zur Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa in die Tat umsetzen. Aus allen besetzten Gebieten werden die Juden unter grauenhaften Bedingungen nach dem Osten deportiert. In Polen, das als erstes Land die unmenschlichen Methoden zu spüren bekam, werden die Juden systematisch ausgerottet mit Ausnahme einiger qualifizierter Arbeiter, die von der Kriegsindustrie benötigt werden. Von keinem der Deportierten wurde je ein Wort wieder gehört. Man weiß nicht, ob sie in Zwangsarbeitslagern langsam absterben oder ob sie in Massenexekutionen hingerichtet werden. Hunderttausende unschuldiger Männer, Frauen und Kinder sind bereits diesen grausamen Methoden zum Opfer gefallen. Die genannten Regierungen und das ‚Französische Nationalkomitee' verurteilen die erwähnten Methoden aufs schärfste. Sie erklären, daß diese grausame Politik nur dazu angetan sein kann, die Entschlossenheit aller freiheitliebenden Völker zur Abschaffung der furchtbaren Gewaltherrschaft zu festigen. Wir bekräftigen unseren unerschütterlichen Entschluß, die für diese Grausamkeiten Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen."

Anschließend sprach der liberale Abgeordnete James Rothschild, nach ihm der Labourdelegierte Cluse und der Konservative Smithers. Alle Abgeordneten und die Galerie erhoben sich zum Zeichen der Trauer und des Protestes ganz entgegen den sonst streng gehandhabten Regeln der Geschäftsordnung. Lloyd George, der seit vielen Jahrzehnten dem Unterhaus angehört, erklärte, sich an kein ähnliches Ereignis im Unterhaus erinnern zu können.

Feldgottesdienst in der amerikanischen Armee

auf dem Camp Livingston, La. Von links nach rechts: Chaplain (Feldrabbiner) Julius Liebert, Generalmajor Ord (Commander und General), Chaplain W. W. Hall.

Diese Erklärung enthält noch keine positiven Hilfemaßnahmen. Dagegen hat im Oberhaus der Bischof von London verlangt, daß alle Verbündeten den Juden, die dem Terror entfliehen konnten, Zuflucht gewähren und den neutralen Ländern helfen sollen, die Flüchtlinge zu erhalten. Ferner wurde angeregt, die Kindertransporte nach Amerika aufzunehmen, die laut einer Mitteilung des portugiesischen Roten Kreuzes ab Lissabon abgesagt worden sind. Schweden hat sich bereit erklärt, Juden aus Norwegen, Finnland und aus Dänemark aufzunehmen und die humanitären Traditionen des Landes erneut zu bestätigen. Die Jewish Agency veröffentlichte einen Appell an die britische Regierung, den 500 000 Juden in Palästina zu ermöglichen, ihre Angehörigen aufnehmen zu dürfen, da Palästina das einzige Land sei, wo die Flüchtlinge dann nicht mehr Ausländer sind und später nicht erneut zum Wanderstab greifen müssen. Ob die in schweizerischen Blättern ge-

040652

H3925 – 0006

H3925 – 0007

machte Anregung verwirklicht werden kann, das Internationale Rote Kreuz mit einer Untersuchung über die Vorgänge im Osten zu beauftragen, steht noch dahin.

Das Ministerium für den Wirtschaftskrieg in London gab die Zahl der jüdischen Deportierten wie folgt bekannt: Frankreich 50 000, Elsaß-Lothringen 73 000, Holland 40 000, Rumänien 250 000, Slowakei 75 000, Norwegen 1000.

Frankreich

Nachdem Laval eine neue Welle antijüdischer Maßnahmen angekündigt hat, der Generalkommissär für jüdische Fragen, Darquier de Pellepoix, die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes unternommen, wonach die Juden in ganz Frankreich gleich behandelt werden sollen. Zu den verschärften Maßnahmen gehört die Anordnung, daß die noch in Frankreich verbliebenen ausländischen Juden ohne Bewilligung der Polizei ihren Aufenthalt nicht wechseln dürfen und ferner die neue Ausgabe von Identitätskarten mit der deutlichen Aufschrift, daß der Inhaber der Karte Jude sei. Diese Verordnung wurde mit der Ausrede erlassen, daß damit der schwarze Markt getroffen werde. Die Pariser Sorbonne hat einen neuen Lehrstuhl für die Geschichte des Judentums errichtet. Der neue Lehrauftrag bezieht sich auf die Geschichte des Judentums in den letzten 150 Jahren. Darquier de Pellepoix hat eine Vereinigung zur Verteidigung der Rasse gegründet, der die Aufklärung der Bevölkerung über den jüdischen Einfluß in Frankreich übertragen wurde. Die bisher noch in französischen Jugendverbänden verbliebenen jüdischen Jugendlichen, wie z. B. Pfadfinder, werden aus denselben ausgeschlossen. In keinem unbesetzten Frankreich war es französischen Juden noch möglich, eigene Geschäfte zu halten. Nach der neuen Verordnung müssen alle jüdischen Geschäfte einen gelben Anschlag anbringen, daß sie von einem arischen Verwalter geleitet werden. In Clermond-Ferrand sind alle ausländischen Juden zwischen achtzehn und fünfundfünfzig Jahren festgenommen und in ein Arbeitslager gebracht worden. Die gleiche Maßnahme wird in anderen Departementen des bisher unbesetzten Gebietes erwartet. Darquier de Pellepoix kündigte in einer Radiorede an, daß das neue Programm den Juden überhaupt keine bürgerlichen Rechte mehr lassen wird. Er schätzt die Anzahl der betroffenen Personen auf anderthalb Millionen Personen. Zu den ersten Maßnahmen werde der Verlust der französischen Staatsangehörigkeit zählen. Ferner sollen besondere Schulen für jüdische Kinder und möglicherweise Ghettos eingeführt werden. Alle ausländischen Juden werden in Konzentrationslagern untergebracht.

In holländischen Zeitungen sind Mitteilungen erschienen, in denen die Holländer gewarnt werden, jüdisches Vermögen frei zu erwerben, da nach der Anweisung das gesamte Vermögen konfisziert und zur Versteigerung gelangen werde. Auf der anderen Seite warnte Königin Wilhelmine in einer Radioansprache von Amerika aus holländische Familien, auf Auktionen jüdisches Vermögen zu erwerben, das nach dem Kriege alles zurückgegeben werden müsse. Der deutsche Kommandant, General Christiansen, warnte die Bischöfe davor, sich der Deportation der jüdischen Einwohner Hollands entgegenzustellen. Der Kommissär für Holland, Seyss-Inquart, erließ ein Verbot, wonach Juden weder Cigaretten noch Tabak kaufen dürfen. Der deutsche Westwall, der in einer Tiefe von 60 km der Vollendung entgegengeht, umfaßt auch Amsterdam, Rotterdam und den Haag. Viele Tausende Zivilpersonen wurden aus dieser Zone evakuiert, darunter die in diesen Städten wohnenden jüdischen Familien. Den Evakuierten ist es untersagt, ihre Möbel mitzunehmen.

Der «Joint» in Amerika hat berechnet, daß seit dem Jahre 1933: 525 000 Juden den Weg in die

Flucht aus Europa

angetreten haben. Etwa die Hälfte hiervon hat die Hilfe des «Joint» in Anspruch genommen, nämlich 258 000. Seit dem Eintritte Amerikas in den Krieg zahlte der Joint nur für Reisekosten 1 335 000 Dollar aus. Die Visaabteilung in Washington erklärte, daß weiterhin Visa ausgegeben werden, sofern der Beweis für die Transportmöglichkeit geleistet werde. Der Joint bemüht sich weiterhin, Schiffe zu chartern. Aus einem neuen Berichte des Joint geht hervor, daß im Jahre 1941 950 000 Personen in 52 Ländern, welche auf allen fünf Kontinenten liegen, eine direkte Hilfe von seinen Institutionen bezogen haben.

Die Einwanderung nach Cuba wurde für alle diejenigen gesperrt, welche Bürger der Achsenmächte und der von ihnen besetzten Gebiete oder in diesen Gebieten geboren sind. Präsident Battista hat sogar die bereits erteilten Visen als ungültig erklärt. In Spanien und Portugal strandeten einige hundert jüdische Wanderer, die für die nächste Abfahrt bereit waren. In komplizierten Prozessen mußten sie um die Rückgabe der Depots und der Passagegelder kämpfen. Der größte Teil dieser Depots ist nun zurückbezahlt. In Cuba gibt es etwa 800 bis 1000 Flüchtlinge, welche durch das gleiche Dekret Präsident Battistas das Recht der dauernden Niederlassung und Arbeitsaufnahme erhalten haben und auch das cubanische Bürgerrecht erwerben können.

In Brasilien

wurden die Bankkonti der Angehörigen der Achsenmächte gesperrt; davon wurden jedoch diejenigen Flüchtlinge nicht berührt, welche durch das deutsche Gesetz vom 25. November 1941 ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hatten. Von den 45 Millionen brasilianischer Bevölkerung sind etwa 75 000 Juden. Davon

Selin
Corsetfabrik
H. Iselin, Zürich 5
Heinrichstrasse 74 - Tel. 7 51 43
STRUMPFGURTEL
SCHLUPFER
BUSTENHALTER
CORSETS
CORSELETTES etc.

Spälti
Das gute Tuch- und Massgeschäft beim Stauffacher
bietet noch immer grosse Auswahl in reinwollenen und englischen Stoffen zu vorteilhaften Preisen
HENRI SPÄLTI
CRAMERSTRASSE 2, ZÜRICH 4
(Ecke Zweierstrasse 24) Telephon 7 92 07

B 040653

H3925 – 0008

stammen etwa 40 000 aus Deutschland. Brasilien wollte nach der Evian-Konferenz 10 000 Flüchtlinge in der Landwirtschaft aufnehmen und wenn der Versuch gelinge, die Zahl bis auf 50 000 steigern. Die Pläne sind aber nicht realisiert worden, trotzdem in Brasilien eine Anzahl landwirtschaftlicher Siedlungen von der Ica unterhalten werden. Der Joint mußte im letzten Jahre mit 100 000 Dollar einspringen. In Rio de Janeiro leben 25 000, in Sao Paolo 15 000, in Porto Allegre 6000, in Pernambuco 3000 und die restlichen in verschiedenen kleineren Orten des Landes. Die jüdischen Gemeinden machten bei Kriegsbeginn eine Sondersammlung und stifteten der Regierung fünf Aeroplane.

Washington und Palästina

Washingtoner Brief

Die Hauptstadt Amerikas hat seit dem Kriegsausbruche ein anderes Gesicht bekommen. Ueber 40 000 neue Personen wurden allein vom Oberkommando eingestellt, dazu kommen die neuen Abteilungen der Regierung für die Wirtschaft.

Präsident Roosevelt hatte schon in seiner Amtszeit als Gouverneur von New York seine eigenen Berater, die in den Zeitungen den Namen «Gehirntrust» erhielten. Dieser «Ausschuß» hatte unter sich keinen Zusammenhang, er wechselte oft und hat heute eine ganz andere Zusammensetzung als vor einigen Jahren. Von Anfang an waren Richter Rosenmann und Prof. Frankfurter unter den Beratern des Präsidenten. Prof. Frankfurter ist ein alter Zionist, der schon anläßlich der Versailler Friedensverhandlungen mit Weizmann zusammengearbeitet hat. Richter Rosenmann dagegen gehört zur Schicht der Juden, die sich für jüdische Belange nie interessiert haben und dem zionistischen Ideal ablehnend gegenüberstehen. In der letzten Zeit ist allerdings eine kleine Aenderung eingetreten. Der «Gummiskandal» drohte, ein ernstliches Hindernis für die Kriegsproduktion zu werden. Roosevelt konferierte mit Rosenmann und bestimmte nachher Bankier Bernhard Baruch zum Präsidenten des «Gummi-Board» mit allen nötigen Vollmachten. Baruch, der 73 Jahre alt ist, gehörte schon unter Wilson zu den Leitern der Kriegsproduktion. Sein Vater stammte aus Posen. Baruch interessierte sich erst in den letzten Jahren für jüdische Dinge. Mit beiden kam Weizmann in den letzten Monaten in enge Berührung. Er arbeitete ein Verfahren aus für die synthetische Gummiproduktion. Bereits arbeiten zwei Fabriken nach seinem System, dem einzig bekannten in den Vereinigten Staaten. Weizmann konnte nicht darauf hoffen, Rosenmann und Baruch zum Zionismus zu bekehren. In den zahlreichen amtlichen Verhandlungen wurde von ihm auch das jüdische Problem angeschnitten; dabei hat er beide in das «jüdische Denken» eingeführt und wertvolle Erziehungsarbeit geleistet.

Washington will von politischen Deklarationen nichts wissen und vor allem in keiner Weise gewaltsam auf England einwirken. Obwohl die Regierung in vielen

Jüdische Truppe zieht am Davidsturm vorüber
(Forward, New York)

Punkten mit London nicht einverstanden ist, lehnt sie Interventionen ab. So war es beim Problem Indien und so ist es auch bei Palästina. Churchill, so heißt es immer wieder, ist ein großer Freund des Zionismus; er weiß genau, was er tut und es hat keinen Sinn, ihm Vorhalte zu machen. Während des Krieges ist in Washington nichts zu erreichen, aber für die Zeit der Friedenskonferenzen müssen Vorbereitungen getroffen werden. Da setzte Weizmann mit der Erziehung ein, und zwar gilt es vor allem, dem «Gehirntrust» die Bedeutung der jüdischen Frage beizubringen. Weizmann wurde auch beauftragt, ein Verfahren für die Kondensierung von Lebensmitteln auszuarbeiten, damit auf möglichst kleinem Raum hochwertige Lebensmittel transportiert werden können. Auch da hat er bereits Erfolge aufzuweisen und kommt hierbei wieder mit anderen Beratern Roosevelts in Verbindung. Mit Roosevelt selbst hatte Weizmann erst eine Besprechung.

In Washington selbst ist noch eine große Arbeit für die jüdische Sache zu leisten. In großen Kundgebungen haben sich zwar Senatoren, Diplomaten und Generäle für eine jüdische Armee ausgesprochen. Das Kriegsdepartement geht auf diese Frage aber nicht ein. Es hat nicht einmal die Juden in einer Broschüre erwähnt, die es herausgegeben hat, um zu zeigen, was Tausend Millionen Menschen zur Gewinnung des Krieges tun. Da werden Luxemburg, San Domingo und andere kleinere Staaten und ihre Opfer für die Kriegsführung hervorgehoben, vom jüdischen Volke weiß das Kriegsdepartement nichts! Selbst beim Finanzdepartement, dessen Leiter Morgenthau jun. ist, der sich schon öfters für die zionistische Lösung der Judenfrage ausgesprochen hat, aber keiner Organisation angehört, ist

BAHNHOF
ZÜRICH
HAUPTBAHNHOF
PRIMUS
BON
BUFFET

Verpackungsmaterialien:
Bindfaden aus Hanf, Hanf-Papier gemischt, Papier.
Holzwolle, Holzwollseile, Papierwolle,
Papierklebebänder, bedruckt und unbedruckt
Verlangen Sie Muster u. Preise Sohms & Co. Romanshorn
Telephon 176

H3925 – 0009

M 187
H-3925

G. B. EXHIBIT
No 407.

B 040647

G. B. EXHIBIT 407.

Filed April 29th 1946

H3925-0010

5 pages